

Paradigmenwechsel im Extremismus

von Leonard Mach

Extremistische Einstellungen sind kein gesellschaftliches Randphänomen, sondern können in sämtlichen gesellschaftlichen Bereichen auftreten. Die klassische Links-/Rechtszuordnung erweist sich nicht nur für eine moderne Extremismusforschung als ungeeignet. Dennoch scheinen einige politische, gesellschaftliche Akteur*innen an diesem alten Konzept, dem Hufeisenmodell, festzuhängen. Moderne, sozialwissenschaftliche Extremismusforschung beruht auf dem Konzept gesellschaftlicher Desintegration. In diesem Artikel wird das Konzept der Desintegration sowie die damit verknüpfte gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) diskutiert. Es wird auf das Phänomen des marktformigen Extremismus der GMF eingegangen, welches Abwertungskonstruktionen auf ökonomischer Basis beschreibt. Diese Form des Extremismus, kann als Erklärungsansatz für die politische Entwicklung der letzten Jahre sowie für die Regierungskrise in Thüringen 2020 angewendet werden. In diesem Artikel wird argumentiert, dass mit einem Erstarren postdemokratischer Dynamiken die gesellschaftlichen Desintegrationsprozesse eines marktformigen Extremismus steigen.

abstract

41

Schlagwörter

Extremismus; Marktformiger Extremismus; Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Die Landtagswahlen 2019 in Thüringen führten zum Resultat, dass Koalitionen ohne die Parteien *Die Linke* und *AfD* keine parlamentarischen Mehrheiten bilden konnten. Das Problem einer nicht-mehrheitsfähigen Koalition entwickelte sich zu einer Krise, da die CDU auf ihrem Bundesparteitag ein Kooperationsverbot mit den nach dem so genannten Hufeisenmodell extremistischen Parteien *links* und *rechts* ausgesprochen hatte. Somit wurde auch eine Zusammenarbeit mit der Partei *Die Linke* ausgeschlossen, die bis zu diesem Zeitpunkt den Ministerpräsidenten stellte. Daraufhin wurde ein Kandidat (Thomas Kemmerich, FDP) aus der *bürgerlichen Alternative* mit Hilfe einer rechtspopulistischen bis rechtsextremen Partei (AfD) zum Ministerpräsidenten gewählt. Dieser Kandidat verkündete aufgrund des starken Protests in der Gesellschaft wegen dieses ‚demokratischen Dammbrochs‘ drei Tage nach seiner Wahl seinen sofortigen Rücktritt (vgl. Baum 2020).

Die ‚bürgerliche Koalition‘ gegen vermeintlich linksextreme Parteien versuchte sich als Steigbügelhalter einer rechtspopulistischen bis rechtsextremen Partei (Baum 2020). Es wurde deutlich, dass die unzureichend hinterfragte Pauschalisierung von Links- und Rechts-Extremismus nach dem Hufeisenmodell, ohne weitergehende Betrachtung politischer Inhalte, zu einer die Demokratie in den Grundsteinen erschütternden Krise geführt hat.

Im folgenden Artikel wird gezeigt, dass ein Paradigmenwechsel im Bereich des politischen Extremismus überfällig ist und dass die Zuordnung zum Extremismus nicht auf einer binären *links-rechts* oder *oben-unten* Skala basieren kann. Es wird ein Konzept vorgestellt (*Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* und darin der *Marktförmiger Extremismus*), wie sich Extremismus in bürgerlichen Milieus entwickeln kann. Diese helfen, Erklärungsmodelle zu den Geschehnissen der siebten Landtagswahl in Thüringen und dem so genannten ‚Dammbroch‘ der Demokratie zu entwickeln (vgl. Baum 2020). Die Empirie und die Theorie lassen den Rückschluss zu, dass eine sich selbstverortete Mittelschicht in einer gefühlten Krise nicht demokratiestabilisierend, sondern extremistisch wird.

Was ist Extremismus?

Die klassische deutsche Extremismusforschung definiert Extremismus mit der Ablehnung des 1952 etablierten Begriffs der freiheitlich demokratischen Grundordnung (FDGO). Hauptbestandteile der freiheitlichen demokratischen Grundordnung sind politische Souveränität, politische Selbsterfüllung, Unabhängigkeit der Gerichte, Gewaltenteilung und insbesondere Menschenrechte. Verstöße gegen die FDGO werden allgemein als verfassungsfeindlich bezeichnet. Es zeigen sich Definitionsprobleme insbesondere

beim Überbegriff der Menschenrechte. Ein besonderes Menschenrecht ist das Diskriminierungsverbot. Sinngemäß besagt das Gesetz, dass alle Menschen gleich sind (Art. 3 Abs. 1 und Abs. 2 GG). Eine Diskriminierung auf Basis des Geschlechts, der Abstammung, der Hautfarbe oder Ethnie, der Herkunft, des Glaubens, der religiösen oder politischen Anschauungen ist illegal (Art. 3 Abs. 3 GG). Eine Erweiterung des Diskriminierungsverbots wurde im Rahmen der UNESCO entwickelt, wobei Diskriminierung unter anderem auf Basis der sozialen Herkunft, der wirtschaftlichen Verhältnisse, der Sprache, des Alters sowie der sexuellen Orientierung verboten ist (vgl. Deutscher Bundestag 1967). Verschiedene akademische Ansätze einer Diskriminierungsforschung basieren auf diesen Kategorien. Ein prominenter Ansatz geht davon aus, dass Diskriminierung und damit auch Extremismus in der Mitte der Gesellschaft auffindbar seien (vgl. Lipset 1960; Heitmeyer 2002).

Extremismus der Mitte nach Lipset

Eine der akademischen Diskriminierungsforschung zugrundeliegenden Theorien ist die Theorie des Soziologen Seymour Lipsets, der zufolge Extremismus in der Gesellschaft keinesfalls ein Randphänomen ist (vgl. Lipset 1960; Jesse 2018; von Beyme 2013; Kraushaar 1994). Lipset weicht in

seiner theoretischen Bearbeitung des Phänomenbereichs von der herkömmlichen Interpretation der politischen Links-Rechts-Sphären ab. Der Fokus wird wesentlich stärker auf ein Schichten- beziehungsweise ein Klassenkonzept gelegt. Dieses Schichtenkonzept wird auf der einen Seite durch eine Selbstverortung der Befragten in Ober-, Mittel- und Unterschicht etabliert (vgl. Lipset 1960: 104f.). Auf der anderen Seite bedient sich Lipset einer Schichtdefinition mit Hilfe einer Kombination individueller und gesellschaftlicher Kapitalindizes (vgl. Lipset 1960: 45ff.). Nach Lipset weisen alle gesellschaftlichen Schichten extremistische Tendenzen auf, die aber im Wechselspiel miteinander aufgehoben werden (vgl. ebd.: 120ff.). Diese Tendenzen müssen genauer erläutert werden. Lipset verbindet mit einer Unterschicht niedrigen Status und eine mögliche Veranlagung zum Extremismus (vgl. ebd.: 122). Mit dieser Annahme verknüpft Lipset insbesondere eine Kapitalthese, in der unter anderem die Notwendigkeit zu früher Arbeitstätigkeit und der erschwerte Zugang zu verschiedenen Aufstiegsmöglichkeiten angeführt wird. Dennoch führe diese Verbindung nicht unbedingt zu einem Autoritarismus, sondern bedinge vielmehr einen Hang zur Komplexitätsreduktion (vgl. ebd.: 122f.; ebd.: 130; Feuer 1989). Dem stellt Lipset eine von ihm so bezeichnete Oberschicht entgegen. Ein Extremismus der Oberschicht ist durch Verteidigung und Erweiterung der eigenen

politischen, sozialen und ökonomischen Privilegien gekennzeichnet (vgl. Lipset 1960: 127). Nach Lipsets Theorie können die extremistischen Ausprägungen der Unterschicht als extremistischer Sozialismus und die extremistischen Ausprägungen der Oberschicht als extremistischer Kapitalismus gekennzeichnet werden (vgl. ebd.: 134f.). Die Lücke, die innerhalb der Extremismusdefinition zwischen Unter- und Oberschicht bleibt, wird durch eine Weiterführung des Erklärungsansatzes ausgefüllt. Das Hauptverständnis des Extremismusbegriffs direkt nach dem zweiten Weltkrieg fußt auf dem politischen *Links-Rechts*-Schema. Lipset stellt hingegen fest, dass eine extremistische Mittelschicht zum Populismus tendiert, wobei sich der Populismus zu Faschismus weiterentwickeln kann (vgl. Saposs 1935; Lipset 1960: 134f.). Unabhängig von der Ausprägung, welche ein Populismus annimmt, sei es im Extremen, also Faschismus, oder eine einfache Abwendung von einer liberalen Gesellschaft, grundsätzlich ist eher die Mitte der Gesellschaft betroffen (vgl. Lipset 1960).

Um falsche Pauschalisierungen auszuschließen, versucht Lipset stets, das Grundkonzept eines Links-Rechts-Schemas zu vermeiden. Gerade beim Extremismus der Unterschicht würden sowohl extremistische Linke als auch extremistische Rechte zum Vorschein kommen. Als Beispiel für den Extremismus der Mittelschicht im staatlichen Kontext gibt Lipset als Länder

Nazideutschland als rechten Faschismus und Argentinien unter Perón als zu Beginn linken Extremismus an. Er vergleicht hierbei die politische Entwicklung der Staaten und nicht deren Wirken und Verbrechen. In beiden Staaten fand die Wähler*innenabwanderung von etablierten Parteien zu extremistischen Parteien nicht vom Rand der Gesellschaft statt, sondern aus der Mitte der Gesellschaft. Es ist demnach also die Mitte der Gesellschaft, die Faschist*innen an die Macht gebracht hat (vgl. Lipset 1960: 173ff.) und nicht der Rand.

Gegenwärtige Interpretation

Auf Basis der Erkenntnis, dass die Mitte der Gesellschaft sich ähnlich wie die Ränder in extreme Richtungen entwickeln kann, wurde eine neue Extremismusdefinition ausgearbeitet. Lipsets These kann auf einer Makroebene verortet werden. Die Zusammenfassung, dass Extremismus an drei gesellschaftlichen Schichten, Unter-, Mittel- und Oberschicht, definiert wird und dass dieser drei verschiedene extreme Herrschaftsformen, Sozialismus, Faschismus, Kapitalismus (vgl. Lipset 1960: 134ff.), annehmen kann, ist nach dem Stand der heutigen Forschung nicht mehr wissenschaftlich haltbar. Eine Weiterentwicklung bietet der Bielefelder Soziologe Wilhelm Heitmeyer mit seinen Thesen zu gesellschaftlicher Desintegration (vgl. Heitmeyer 1997; Anhut/Heitmeyer 2000;

Anhut/Heitmeyer 2005). Heitmeyer argumentiert, dass Gesellschaften durch eine innere Ordnung und die Integration ihrer Mitglieder definiert werden (vgl. Imbusch/Heitmeyer 2012: 9f.). Durch eine Desintegration der Mitglieder der Gesellschaft kommt es zu einer Radikalisierung und zu einer der Theorie Lipsets entsprechenden Extremisierung. Diese radikalisierende Desintegration, so Heitmeyer, ist operationalisierbar und messbar (vgl. Heitmeyer 1997). Desintegration lässt sich auf drei Ebenen ansiedeln und mit jeweils einer objektiven (Teilhabe) und einer subjektiven (Anerkennung) Dimension vertiefen (vgl. Tabelle 1). Heitmeyer orientiert seine Thesen zur Desintegration auf Basis der Beobachtungen, wie eine Integration stattfindet. Zum einen existiert ein Reproduktionsaspekt auf der sozialstrukturellen Ebene. Dieser besteht aus der materiellen und kulturellen Teilhabe

an der Gesellschaft (objektiv) sowie einer positionalen Anerkennung der sozialen und beruflichen Stellung (subjektiv). Zum anderen wirken auf einer institutionellen Ebene Vergesellschaftungsaspekte anhand von kommunikativ-interaktiven Integrationen auf der objektiven Seite und einer moralischen Anerkennung auf der subjektiven Seite. Neben diesen beiden Ebenen wird ein Vergemeinschaftungsaspekt auf der personalen Ebene etabliert. Dabei geht es um die Herstellung von emotionalen beziehungsweise expressiven Beziehungen zwischen Menschen. Über emotionale Anerkennung erfolgen Integrationserfolge (vgl. Imbusch/Heitmeyer 2012: 15f.).

	Objektive Dimension (Teilhabe)	Subjektive Dimension (Anerkennung)
Sozialstrukturelle Ebene	Teilhabe an materiellen und kulturellen Gütern.	Zufriedenheit mit beruflichen und sozialen Positionen.
Institutionelle Ebene	Kommunikativ-interaktive Interaktion mit der Gesellschaft.	Moralische Anerkennung
Personale Ebene	Herstellung von emotionalen / expressiven Beziehungen auf individueller Ebene.	Emotionale Anerkennung des Individuums.

Tabelle 1: Operationalisierte Integrationsebenen nach dem Bielefelder Desintegrationsmodell nach Anhut/Heitmeyer (2000) (eigene Darstellung)

Diese drei Ebenen haben Desintegrationspotentiale, deren reale Desintegrationserscheinungen nicht zwangsläufig problematisch sind. Sozialer Wandel ist hauptsächlich über positive Desintegration möglich (vgl. Imbusch/Heitmeyer 2012: 15; Dahrendorf 1994). Negative Desintegration zeigt sich über Ausgrenzungsverfahren. Als ein Beispiel hierfür kann man Entwicklungsprozesse der Bundesrepublik anführen. Nach 1945 kam es zum *Wirtschaftswunder* mit positiven Integrationsprozessen durch das ‚goldene Zeitalter des Kapitalismus‘ und dem Versprechen steten Wachstums. Am selben Beispiel lassen sich aber auch seit den 1980er Jahren negative soziale Desintegrationsprozesse zeigen (vgl. Imbusch/Heitmeyer 2012: 17). Diese waren das Resultat der Erkenntnis, dass das Versprechen des steten Wachstums nicht haltbar ist und somit auch einer der wirkungsstärksten Einflussfaktoren auf die Integrationsprozesse an Wirkung verlor. Ein weiterer Desintegrationsfaktor ist steigende gesellschaftliche Komplexität durch unter anderem Globalisierungs- und Modernisierungsprozesse. Weiterhin sieht Heitmeyer Defizite bei den Integrationskapazitäten des Staates mit denen Bürger*innen mit dem Staat verbunden werden. Zuletzt schaffen transnationale Migrationsströme Desintegrationserscheinungen.

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Die Desintegrationstheorie hängt stark mit der Theorie der sozialen Deprivation zusammen (vgl. Heitmeyer 2002). Die Deprivationstheorie postuliert, dass soziale Ausgrenzung, Anomien und mangelnde Integrationsfähigkeit der Gesellschaft Ursachen für (Rechts-) Extremismus darstellen können (vgl. Decker/Brähler 2006: 17). Heitmeyer entwickelt zur empirischen Überprüfung der Theorie der sozialen Desintegration die Annahme einer „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ (GMF, Heitmeyer 2002). Die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit basiert auf der Konstruktion einer Ungleichwertigkeit von Menschen und Menschengruppen (vgl. ebd.; Heitmeyer 2007; Zick et al. 2012). Dabei wird entsprechend der (Des-)integrationsebenen von Individuen und Gruppen ein In- und Outgrouping vorgenommen (vgl. Heitmeyer 2012; Möller 2017). Es werden forschungsabhängig sechs bis zwölf Dimensionen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit etabliert (vgl. Decker/Brähler 2006: 21; Möller 2017: 428f.). Daraus entsteht eine Definition des Rechtsextremismus:

Der Rechtsextremismus ist ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität

zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen. (Decker/Brähler 2006: 20)

Die sechs daraus entwickelten rechts-extremem Einstellungsmuster sind Befürwortung einer rechtsgerichteten Diktatur, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus sowie die Verharmlosung des Nationalsozialismus. Im Laufe der empirischen und methodologischen Weiterentwicklung wurden diese Dimensionen verändert und erweitert. In neueren Erhebungen werden bei der sozialen Dimension des Weiteren die Zustimmung zu fremdenfeindlichen Positionen, Etabliertenvorrechte, Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Homophobie, Abwertung sexueller Einstellungen, Abwertung von obdachlosen oder behinderten Menschen, Abwertung von Langzeitarbeitslosen, Sinti und Roma sowie Asylsuchenden überprüft.

Empirische Befunde der Fremdenfeindlichkeit

Die Befunde der ursprünglichen Studie zu der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit wurden in *Deutsche Zustände*

kontinuierlich zwischen 2002 bis 2011 veröffentlicht. Weitere an die GMF und die *Deutsche Zustände* angelehnte Forschungen sind unter anderem die Leipziger Mitte-Studie (2006 bis 2012, seit 2014 fortgesetzt) sowie der Thüringenmonitor (seit 2000). Die empirischen Befunde, die im Rahmen dieses Beitrages besprochen werden, entstammen der Forschung der Soziologen Elmar Brählers und Oliver Deckers, die in den Leipziger Mitte-Studien veröffentlicht wurden (vgl. Decker et al. 2016). Die Studien Heitmeyers und des Forschungskreises rund um die *Deutsche Zustände* haben in ihrer Erhebung festgestellt, dass *klassische* rechtsextreme Einstellungen zwischen 2002 bis 2014 rückläufig waren (vgl. Zick/Klein 2014: 43f.). Demgegenüber steht eine soziale Dimension der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Hier zeigt sich ein gewisser Rückgang gruppenbezogener Feindlichkeit in Form der Abnahme von Homosexuellenabwertung sowie klassischem Sexismus (vgl. Möller 2017: 428f.; Klein et al. 2014: 61ff.). Sämtliche anderen Dimensionen sind bis auf leichte Schwankungen gleichbleibend. Es zeigt sich aber auch, dass diese Phänomene der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit sich nur begrenzt auf einzelne Bevölkerungsgruppen reduzieren lassen, wie es bei anderen Extremismusansätzen getan wird (vgl. Jesse/Mannewitz 2018). Von GMF betroffen sind sowohl Männer als auch Frauen (vgl. Möller 2017: 430) sowie Ost- und

Westdeutsche (vgl. Decker et al. 2012: 54). Leichten, dämpfenden Einfluss auf die GMF hat ein formal hohes Bildungsniveau. Die subjektive Wahrnehmung und Verarbeitung gesellschaftlicher Krisen indes wirkt sich steigend auf Symptome der GMF aus (vgl. Möller et al. 2016: 12). Insgesamt lässt sich aus den repräsentativen Erhebungen zeigen, dass die Ungleichwertigkeitskonstellationen in der sozialen Dimension der GMF gegenüber der oben erwähnten politischen Dimension wesentlich stärker präsent sind. Anstelle nachfolgend die klassischen Statistiken zur Mitte-Studie und zu *Deutsche Zustände* abzugleichen, wie es an vielen anderen, sehr lesenswerten Stellen gemacht wurde (vgl. Zick/Klein 2014; Möller et al. 2016; Scherr et al 2017; Heitmeyer 2012), sollen nur kurz die neuesten Entwicklungen der Mitte-Studie 2018/19 vorgestellt werden. Zick et al. können in ihrer aktuellen Erhebungswelle einen abnehmenden, eindeutig offenen Rechts-extremismus erkennen. Hiervon sind circa 2-3 % der Bevölkerung betroffen (vgl. Zick et al. 2019). Dennoch wurde bei fast jeder zehnten Person klassischer Rassismus festgestellt (vgl. ebd.: 111). Fast jede fünfte Person teilte fremdenfeindliche Ressentiments. Ähnlich viele Menschen haben eine muslimkritische bis islamophobe Meinung. Hier besonders zu erwähnen ist, dass es einen starken Zusammenhang zwischen der Wähler*innenschaft der AfD und Muslimfeindlichkeit gibt. Circa 66 % der Menschen, die als Parteipräferenz die AfD

angegeben haben, waren muslimfeindlich eingestellt (ebd.: 112). Die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit gegenüber Asylsuchenden lag bei 53 % (vgl. ebd.: 86).

Ein besonderes Augenmerk dieser Arbeit soll auf den Entwicklungen und dem Stand von ökonomisch anders gestellten Menschen gelegt werden. Dafür sollen die Facetten Abwertung wohnungsloser Menschen (9,6 %), langzeitarbeitsloser Menschen (51,4 %) sowie Etabliertenvorrechte (36,8 %) in den nächsten Schritten herangezogen und mit dem Konzept des marktförmigen Extremismus betrachtet werden.

Der marktförmige Extremismus

Was ist marktförmiger Extremismus? Das Konzept des marktförmigen Extremismus ist stark an der allgemeinen sozialen Dimension der GMF angelehnt. Es wird hierin eine systematische Abwertung von ökonomisch schwächeren Gruppen überprüft. Die gewählte Ungleichwertigkeitsbeziehung verläuft hier zwischen „ökonomisch nützlichen“ und „ökonomisch weniger nützlichen“ (Groß/Hövermann 2014: 102ff.) Menschen. Diese Kategorisierung ist im Rahmen der Migrationsbewegungen besonders in *gemäßigten* Mittelschichten in den Vordergrund geraten. Es fand eine starke Reduktion einer Personengruppe auf deren wirtschaftliche Aspekte statt. Unter anderem wegen solcher Phänomene

bedarf es einer Beleuchtung des Themenkomplexes *marktförmiger Extremismus* in Bezug auf den Lebensstandard, die politische Ausrichtung sowie einer allgemein antidemokratischen Orientierung. Die Forschung zeigt hier Zusammenhänge zwischen diesen drei Dimensionen und dem marktförmigen Extremismus.

Marktförmiger Extremismus stellt eine Erweiterung unternehmerischen Denkens dar, welches negative Auswirkungen auf die Gesellschaft im Rahmen einer Theorie zu gesellschaftlicher Desintegration entwickelt, zum Beispiel durch eine allgegenwärtige Verwertungslogik (vgl. Groß/Hövermann 2014: 102f.). Während herkömmliches, begrenzt ökonomisches Handeln durchaus eine positive Integrationsleistung erbringen kann, strahlt ein marktförmiger Extremismus durch die „Ausweitung ökonomischer Formen auf das Soziale“ eine negative Integrationsleistung aus (Lemke et al. 2000: 16). Der marktförmige Extremismus tritt in drei Facetten auf, (a) der *unternehmerischen Universalismus*, der neoliberalen Norm der kompletten, personellen Selbstoptimierung, (b) der *Wettbewerbsideologie*, also dem allgemeinen wirtschaftlichen Kampf gegeneinander, sowie (c) der *ökonomistischen Werthaltung*, also der Kategorisierung ganzer Bevölkerungsgruppen nach deren wirtschaftlichen Kriterien (vgl. Groß et al. 2010; Manel/Endrikat 2007; Groß/Hövermann 2014). Die im Folgenden hierzu

vorgestellten, empirischen Befunde stammen aus der Leipziger Mitte-Studie 2014 (vgl. Zick/Klein 2014). Beachtenswert sind die Zustimmungsraten zu den Facetten des *unternehmerischen Universalismus* sowie der *Wettbewerbsideologie*. Fast alle der fünf Items (zwei von drei bei *unternehmerischem Universalismus* und zwei von zwei bei *Wettbewerbsideologie*) finden bei mehr als der Hälfte der Befragten Zustimmung. Selbst die pauschalisierende Abwertung ganzer Gruppen auf Basis eines vermeintlichen ökonomisch geringeren Nutzens (ökonomistische Werthaltung) tritt bei mehr als jeder*m Zehnten auf.

Wer ist warum marktförmig extrem?

Die Werte zeigen zueinander mehrere Korrelationen auf (vgl. Groß/Hövermann 2014: 109). Insgesamt lässt sich von einem geschlossenen marktförmigen Extremismus bei jeder sechsten Person in der (selbstverorteten) Mittelschicht reden. Als geschlossener marktförmiger Extremismus wird hier die Zustimmung mit allen drei Dimensionen definiert. In den unteren Schichten tritt dieses geschlossene Weltbild bei fast 30 % der Befragten auf (vgl. ebd.: 110). Die Autor*innen erkennen, dass damit der marktförmige Extremismus noch kein dominantes Phänomen der Mitte ist, aber dennoch ihre Fragilität, gerade im Gesamtphänomen, zeigt. Groß

und Hövermann entwickeln hierzu die nahestehende These, dass die Bedrohung des Lebensstandards eine Korrelation mit dem marktformigen Extremismus aufweist. Diese empirische These wird belegt mit dem Beweis der Annahme, dass Krisenbedrohte fast doppelt so stark zum marktformigen Extremismus tendieren wie nicht oder weniger Krisenbedrohte (vgl. ebd.: 111f.). Lebensstandard, beziehungsweise die Bedrohung ebendessen, korreliert mit marktformigem Extremismus. Hier lässt sich eine erste Verbindung zu Lipsets Extremismus der Mitte durch die Erkenntnis anstellen, dass sich eine Mittelschicht durch gefühlte Krisen radikalisiert. Neben diesem Zusammenhang wurde eine Korrelation zwischen der Wahl rechtspopulistischer Parteien, wie der AfD, und dem marktformigen Extremismus untersucht. Es stellt sich heraus, dass auch hier ein deutlicher Unterschied zwischen AfD-Sympathisant*innen und der restlichen Bevölkerung in Bezug auf marktformige Ungleichwertigkeitskonstrukte existiert. 38,4 % der AfD Sympathisant*innen äußerten Zustimmung zu marktformigem Extremismus, während nur 17,6 % der Nicht-AfD-Sympathisant*innen diese Einstellung teilten. Eine ähnliche Verteilung fand sich bei der Wahrnehmung der Bedrohung des Lebensstandards. AfD-Sympathisant*innen fühlen sich doppelt so stark in ihren Lebensstandards bedroht wie nicht AfD-Sympathisant*innen (vgl. ebd.: 113f.).

Eine der wichtigsten Korrelationen für die Interpretation des marktformigen Extremismus aus den Berichten der Mitte-Studie sind die Korrelationen von marktformigem Extremismus und Rechtsextremismus. Dafür wird die politische Rechtsextremismuskonstruktion des GMFs herangezogen. Im Genaueren werden Korrelationen des Gesamtkonstrukts rechtsextremer Einstellungen mit dem marktformigen Extremismus genauso überprüft wie die einzelnen Dimensionen. Die daraus gewonnenen Ergebnisse zeigen eine starke Korrelation zwischen dem Gesamtkonstrukt rechtsextremer Orientierungen und dem marktformigen Extremismus (0,49). Filtert man nach AfD-Sympathisant*innen (0,75) oder nach Krisenbedrohten (0,70), steigt der Zusammenhang deutlich (ebd. 116). Bei den Einzeldimensionen fallen insbesondere die Zusammenhänge bei Chauvinismus (0,53) sowie bei Sozialdarwinismus (0,52) auf.

Dieser empirische Befund belegt die Plausibilität der Thesen Groß und Hövermanns in Bezug auf das Phänomen des marktformigen Extremismus. Die große Nähe dieser Abwertungskonstruktion zu Rechtsextremismus und Rechtspopulismus schwächt dessen Selbstständigkeit als eigenständige Dimension gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Dennoch lassen gerade die hohen gesamtgesellschaftlichen Werte eine Verwendung dieses Konstruktes zu. Der marktformige Extremismus ist, so stellen

es auch Groß und Hövermann fest, ein signifikantes Zeichen für eine Bruchstelle in der Mitte der Gesellschaft (vgl. Groß/Hövermann 2014: 110). Marktförmiger Extremismus sollte als ein Desintegrationsphänomen gesehen werden. Damit eröffnet sich die Frage, wie sich marktförmiger Extremismus etabliert hat und welche Ursachen und welche Einflussfaktoren erkennbar sind.

Colin Crouchs Postdemokratie

Eine mit dem marktförmigen Extremismus verknüpfbare Annahme ist die von Colin Crouch entwickelte Theorie zu Postdemokratie (2008). Zusammengefasst formuliert Crouch vier Merkmale eines postdemokratischen Entwicklungsprozesses (vgl. Crouch 2008: 10f.). Zum einen bleibt die formale, institutionelle Ebene erhalten. Es finden weiterhin Wahlen statt, Regierungen werden gebildet und Entscheidungen werden gefällt. Zum anderen sind jedoch Parteienpolitik und der Wettkampf um Wähler*innenstimmen weitgehend sinnentleert. Hier öffnen sich erste Angriffspunkte für einen Populismus nach Lipset beziehungsweise für eine Desintegration nach Heitmeyer. Weiterhin werden politische Inhalte, so Crouch, nicht mehr durch die Wähler*innen vorgegeben, sondern durch Kommissionen von Expert*innen und Elitenvertreter*innen der Politik und Wirtschaft (vgl. ebd.: 45ff.). Diese sind

nicht gemeinwohl-, sondern profitorientiert (vgl. Ritzki 2016: 206). Zuletzt wird zeitgleich die öffentliche, politische Meinung über special interest groups geschwächt oder partikularisiert und somit Repräsentation und politische Kommunikation blockiert. Dabei betrifft die Blockade der Repräsentation und der politischen Kommunikation nicht nur individuelle oder gruppierte Akteur*innen, sondern auch Vermittlungs- und Informationsakteur*innen (vgl. Crouch 2008: 63ff.).

Crouch konstatiert der Theorie aber auch eine gewisse Überspitzung (vgl. ebd.: 10). Ähnlich wie es den Idealtypus der Demokratie nicht gäbe, so existiere die Postdemokratie auch nur an einem unerreichbaren Pol einer Skala. Eine treibende Kraft in Richtung Postdemokratie ist, so Crouch, der Neoliberalismus (vgl. Crouch 2008). Dabei muss darauf hingewiesen werden, dass Neoliberalismus in zwei Facetten auftritt, zum einen als eine Wirtschaftsform und zum anderen als ein ideologisches Prinzip. Gerade das ideologische Prinzip des Neoliberalismus mit seinen marktorientierten Effizienzkriterien befeuert die Handlungsmaxime, wirtschaftliche Interessen höher zu bewerten als Sozialstaatlichkeit und Gemeinwohl. Diese Entwicklung führt auch zu einer Legitimationskrise der Politik, wie sie schon von Vordenkern Crouchs, wie zum Beispiel Jürgen Habermas (1973) und Francis Fukuyama (1992) angedeutet wurden.

Postdemokratietheorien in Reflektion

Seit dem Aufstellen der Postdemokratietheorie hat der Begriff starke Wellen geworfen. Dabei ist zu erwähnen, dass Crouch nicht der Begründer der Theorie ist. Ursprünglich lässt sich der Begriff auf Jacques Rancières Buch *Das Unternehmen* (2002) sowie Sheldon Wolins Buch *Tocqueville between Two Worlds* (2001) zurückführen. Beide Theoretiker sind im Rahmen dieses Artikels relevant, da sie nicht nur eine problematische Interaktion zwischen ökonomischer Logik, wirtschaftlichen Interessen mit der Demokratie gesehen haben, sondern auch ein Spannungsfeld zwischen Politisierung und Entpolitisierung (vgl. Rancière 2009: 118; Wolin 1989, 1996; Ritzi 2016: 210). Ein Hauptelement, welches die drei Autoren der Postdemokratietheorie verbindet, ist die Erkenntnis einer Hegemonie des Neoliberalismus. Mit diesem Bezug zur Hegemonie des Neoliberalismus eröffnet sich eine thematische Verknüpfung in verschiedene Denk- und Wissenschaftsschulen. Als eine, der Postdemokratie nahestehende Theorienkonstruktion sind die Ansätze Slavoj Žižeks zu Post-Politik anzusehen (vgl. Žižek 2000: 198ff.). Žižek bestätigt unter anderem die Partikularisierung von einzelnen Interessen beziehungsweise die Kreation von special interest groups. Politische Proteste werden aus einem gesamtgesellschaftlichen Kontext gerissen und singularisiert.

Post-politics mobilizes the cast apparatus of experts, social workers, and so on, to reduce the overall demand (complaint) of a particular group to just this demand, with its particular content – no wonder this suffocating closure gives birth to irrational outbursts of violence as the only way to give expression to the dimension beyond particularity. (Žižek 2000: 204)

Eine Weiterentwicklung des Postdemokratiebegriffs in Bezug auf den Neoliberalismus und die geschichtliche Entwicklung gibt Wolfgang Streeck (2013, 2017). Streeck sieht die Entwicklung einer Postdemokratie nicht aufgrund steigender Ansprüche der Bürger, sondern aufgrund von enttäuschten Erwartungen gegenüber der Wirtschaft. Dadurch entstehe nicht nur eine Krise eines Finanzmarktes, sondern auch eine Krise der politischen Institutionen, welche ebendiese Finanzmärkte regulieren und an die Bürger anpassen sollten.

Postdemokratische Tendenzen fördern also eine Verknüpfung zwischen der liberalen Gesellschaft und der Wirtschaft. Die Werte der Wirtschaft beeinflussen die Werte der Gesellschaft. Das begünstigt eine Diskriminierung auf Basis von ökonomischen Kriterien.

” Extremismus ist somit nicht nur ein Phänomen gesellschaftlicher Randgruppen, sondern auch der Mittelschicht. Dies erfordert einen Paradigmenwechsel in der Extremismusforschung.

Kombination der Theorien

In diesem Text wurde bisher gezeigt, wie ein Extremismus der Mittelschicht über Desintegration entstehen kann. Des Weiteren habe ich dargestellt, wie markt-orientierte Werte radikalisieren können. In einer dritten Betrachtung wurde das Verhältnis von wirtschaftlichen Einflüssen und der liberalen Gesellschaft beleuchtet. In diesem Artikel soll deswegen jetzt in einem deduktiv-nomologischen Modell

über das Zusammenwirken von Lipsets *Extremismus der Mitte*, dem marktförmigen Extremismus und Crouchs *Postdemokratietheorie* das Entstehen extremer Gruppen aus der Mitte der deutschen Gesellschaft mit einer potentiellen Erklärung erläutert werden (vgl. Tabelle 2; Diekmann 2012: 170). Extremismus ist somit nicht nur ein Phänomen gesellschaftlicher Randgruppen, sondern auch der Mittelschicht. Dies erfordert einen Paradigmenwechsel in der Extremismusforschung.

Anfangsbedingung	Extremismus kann ein Phänomen der Mittelschicht in demokratischen Gesellschaften sein.
Gesetz	Desintegration führt zu Extremismus. Extremismus tritt unter anderem in Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit auf. Marktförmiger Extremismus mit Abwertungskonstruktionen aufgrund von ökonomischen Werten ist eine Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.
Randbedingung	Postdemokratie als struktureller Rahmen befeuert Desintegrationspotenziale.
Ereignis	Postdemokratische Entwicklungsdynamiken führen zur Verbreitung von marktförmigem Extremismus in der Mittelschicht demokratischer Gesellschaften.

Tabelle 2: Deduktiv-nomologisches Modell zur Entstehung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit aus der Mitte der Gesellschaft (eigene Darstellung)

Lipset erkennt grundlegend, dass Extremismus in allen gesellschaftlichen Schichten vorkommen kann. Dieser Hang zum Extremismus ist verbunden mit Statusbedrohung sowie dem Versuch einer Reduktion der politischen Komplexität. Nach dem *Bielefelder Desintegrationsansatz* und der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit entsteht Extremismus durch Deprivation und Desintegration von Individuen gegenüber und aus der Gesellschaft. Auf drei Ebenen in jeweils zwei Dimensionen werden Mitglieder einer Gesellschaft von dieser aktiv und passiv desintegriert. Dadurch steigen Ausmaß und Intensität von Konflikten in den Phänomenbereichen Gewalt(-kriminalität), Rechtstextremismus sowie ethnisch-kulturelle Konflikte. Ein Teilbereich der GMF ist der marktförmige Extremismus. In der Forschung zum marktförmigen Extremismus werden Ungleichwertigkeitskonstruktionen verschiedener Menschen und Gruppen auf Basis von ökonomischen Kriterien untersucht. In einer *Postdemokratie* nach Rancière und Crouch werden politische Prozesse und Institutionen ausgehöhlt, demokratische Handlungs- und Integrationsmöglichkeiten werden vom öffentlichen Raum hinter verschlossene Türen gebracht. Politische Entscheidungen werden in Absprache zwischen Regierungsvertretern und Wirtschaftseliten getroffen. Hiermit wird Desintegration gefördert.

Zur Gültigkeit der Hypothese müssen die Adäquatheitsbedingungen erfüllt werden (vgl. Diekmann 2012: 169ff.). Hierfür ist zu überprüfen, ob das Klassenkonzept Lipsets in das modernere Schichtenkonzept, wie es beim GMF verwendet wird, übertragen werden kann. Die demokratische Mittelschicht besteht in den 1960er Jahren aus klein- bis mittelständigen Betrieben, Büroangestellten sowie aus nicht-klerikalen Akademiker*innen (vgl. Lipset 1960: 133). Eine Übertragung dieses Begriffs in einen soziologischen Kontext des 21. Jahrhunderts benötigt Definition und Abgrenzung eines Schichten- gegen ein Klassenmodell. Diese Abgrenzung erfolgt über die Feststellung, dass das Klassenmodell Abhängigkeitsverhältnisse beziehungsweise ein Akteur*innenbewusstsein voraussetzt. Dies wird in einem Schichtenmodell nicht beziehungsweise nur begrenzt vorausgesetzt. Ein eindeutiges, homogenes Klassen-subjekt ist konzeptionell fragwürdig (vgl. Dowling et al. 2017). Im Schichtenmodell ist wiederum eine Mittelschichtsverortung möglich. Ein Teil der Mittelschicht des 21. Jahrhunderts ist das, was Lipset seinerseits bereits als Mittelschicht bezeichnet. Dieser *alte* Mittelstand ist heute ein Synonym für die obere Mittelschicht (vgl. Fuchs-Heinritz et al. 2011). Eine modernere Mittelschichtsdefinition kann sowohl über personale Selbstverortung (wie es beim GMF passiert) vorgenommen werden aber auch über eine statistische Kategorienbildung. Dabei würden eine obere Arbeiterschicht

und Beamte zur Mittelschicht gezählt werden. Diese Schicht befürwortet allgemein eher einen politischen Liberalismus (vgl. Lipset 1960: 174). In Momenten einer Krise tendiert diese Mittelschicht jedoch zu einem Populismus und habe, im Extremen, eine Disposition zum Faschismus.

Genau diese Krise tritt in Postdemokratien ein, so Colin Crouch, und insbesondere die Mittelschicht ist durch postdemokratische Entwicklungen betroffen. Crouch erneuert einen Klassenbegriff zu einem Zusammenhang zwischen ökonomischen Positionen und dem Ausmaß des Zugangs zu politischer Macht (vgl. Crouch 2008: 70). Dabei wird in Crouchs Klassentheorie kein homogenes Klassen-subjekt entwickelt. Crouchs Augenmerk bei seiner Postdemokratietheorie liegt nicht auf der individuellen Akteur*in, sondern auf Institutionen in und um den demokratischen Prozess. Es werden Institutionen, wie Wahlen und Regierungen betrachtet, aber auch Einflussströme wie Medien, Wirtschaft und Interessengruppen. Crouch konstatiert, dass mit einer steigenden Einflussstärke der Wirtschaft auf den politischen Prozess die Mehrheit der Bürger*innen eine passive, nahezu apathische Rolle einnehme. Politische Prozesse würden zwar noch in einem Spektakel dargestellt werden, wären aber nur noch inszeniert (vgl. ebd.: 10). Selbst herkömmliche Partizipationsmöglichkeiten, wie zum Beispiel in Interessensgruppen

oder Bürger*innenvereinen existierten zwar noch, würden aber entweder in ihrer Partikularität untergehen oder von großen Wirtschaftslobbys mit Kapital und Macht dominiert (ebd.: 24ff.). Die partizipatorische Teilhabe und das Vertrauen in Wahlen seien Möglichkeiten der Mittelklasse mit einer Demokratie zu interagieren und sich über diese Interaktionen mit ihr zu identifizieren. Die Entfremdung von diesen Mitteln forciert eine Entwicklung der Mittelschicht zum Extremen. An dieser Stelle lassen Theorieelementen von Crouch und Lipset kombinieren. Die Mittelschicht verliert den Glauben in ihre liberalen Werte, weil diese nicht mehr artikuliert werden können beziehungsweise, weil sie zum Wohle des Marktes und der Wirtschaft ignoriert werden. Dadurch entsteht eine Krise der Mitte, die zum Populismus und letzten Endes zum Faschismus führen kann.

Nachdem im vorherigen Absatz ein Teil der logischen Adäquatheitsbedingungen des DN-Modells bestätigt wurde, müssen noch die Signifikanzbedingung, also die Falsifizierbarkeit, sowie die empirische Adäquatheitsbedingung geprüft werden (vgl. Diekmann 2012: 170). Hierfür wird das Konzept des marktförmigen Extremismus mit der Postdemokratietheorie abgeglichen. Die Krise der Mitte zeigt sich über eine immer geringere Integration der Mitglieder in die Gesellschaft. Die Mitte driftet von ihren liberalen Werten ab zu Werten, die Komplexitätsreduktion

”

In einer Gesellschaft, deren Mitte nach Lipset ins Extreme kippen kann, verstärken postdemokratische Entwicklungen eine Tendenz, die Abwertungskonstruktionen von Menschen auf Basis von ökonomischen Bedingungen befördert.

56

versprechen. Dadurch, dass die Wirtschaft stückweise Aspekte des Sozialen, des Gemeinwohls und des Politischen privatisieren beziehungsweise erkaufen kann, wird eine Reproduktion ökonomischen Handelns zur Wertmaxime. Zur Überprüfung der Aussage, dass eine zunehmende Ökonomisierung der Gesellschaft die Mitte extremisiert, wird das Konzept des marktformigen Extremismus herangezogen. Hiermit lässt sich messen, wie groß der Anteil der Gesellschaft ist, welcher durch eine postdemokratische Entwicklung so weit desintegriert wurde, dass es zu einer Radikalisierung kommen könnte. Der marktformige Extremismus weist in seinen drei Einzelfacetten sehr starke Bezugs- und Entwicklungstendenzen zu Lipsets Theorie des Kapitalismus als Extremismus der Oberschicht auf. Die extreme Akkumulation von politischer, sozialer und ökonomischer Macht auf individueller Ebenen als Handlungsmaxime würde nach Lipset die Mittelschicht destabilisieren. Sie würde zu einem Populismus tendieren, der sich unreflektiert an gesellschaftlich dominanten Werten orientiert. Wichtig werden

eine maximale Wettbewerbsideologie, eine allgemeine, radikale Orientierung an wirtschaftlicher Selbstoptimierung sowie eine Abwertung derer, die diesem Wertekonstrukt nicht standhalten können. Diese Werte des Populismus sind nach Groß und Hövermanns Theorie zu marktformigem Extremismus operationalisierbar.

In einer Gesellschaft, deren Mitte nach Lipset ins Extreme kippen kann, verstärken postdemokratische Entwicklungen eine Tendenz, die Abwertungskonstruktionen von Menschen auf Basis von ökonomischen Bedingungen befördert. In einer marktformig extremen Gesellschaft werden sämtliche Bereiche des Lebens, wie zum Beispiel die medizinische Versorgung bis hin zum (Über-)Leben, an marktlogische Bedingungen und Verbindungen geknüpft und durch diese entschieden. Dieser Effekt ist mit dem Konzept des marktformigen Extremismus messbar.

Reichweite der entwickelten Kombination

Die hier entwickelte Theorie sollte als eine Theorie mittlerer Reichweite angesehen werden. Die Auswahl der Theorien Lipsets und Crouchs Demokratiedefinitionen beschränken die theoretische Anwendbarkeit auf den globalen Norden beziehungsweise auf Europa und Nordamerika. Es soll nicht ein eurozentrisches Bias aufgebaut werden, sondern auf theoriebezogene Lücken der Sozial- und Politikwissenschaften hingewiesen werden. Eine ähnliche Begrenzung muss bei dem Konzept der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit erwähnt werden. Auch wenn die Anwendung dieses Modells im europäischen Raum sehr gute, mitunter auch beängstigende Erkenntnisse vermittelt (vgl. Zick et al. 2011), wären unreflektierte, globale Pauschalisierungen wissenschaftlich und gesellschaftlich nicht haltbar. Ähnliches gilt für den Teilbereich des marktförmigen Extremismus innerhalb der GMF. Spätestens bei einem Versuch eine empirische Überprüfung in Ländern mit anderen Wirtschaftssystemen (wie zum Beispiel China) vorzunehmen, versagt die Theorie.

Um die Reichweite der Theorie festzulegen, muss eine Eingrenzung des Geltungsbereichs stattfinden. Die Gültigkeit der Theorie, dass Extremismus aus der Mitte durch postdemokratische Entwicklungen verursacht wird und durch marktförmigen

Extremismus nach dem GMF-Modell gemessen werden kann, wird dadurch limitiert, dass sie nur auf Demokratien oder stark Demokratie nahen Regierungsformen anwendbar ist. Neben dieser politisch zu erfüllenden Dimension ist auch eine wirtschaftliche Dimension zu erfüllen. Es muss zur theoriebezogenen Eignung eine Grundfreiheit der Wirtschaft und des Marktes geben. Das bedeutet nicht, dass es keine politische oder gesellschaftliche Einflussnahme darauf geben darf, sondern, dass keine Planwirtschaft oder ähnliche, totale Kontrolle der Wirtschaft existiert. Des Weiteren bedarf es neben dieser politischen Komponente der gesellschaftlichen, also der Möglichkeit des politischen Austauschs und der politischen Kommunikation.

Die Notwendigkeit eines Paradigmenwechsels

Warum wird überhaupt ein Paradigmenwechsel in der Extremismusforschung benötigt? Schon in dieser Frage zeigt sich eines der Hauptprobleme, nämlich das Paradigma des Extremismusbegriffs. Wenn man heute über Extremismus redet, über Extremismus wissenschaftlich schreibt oder versucht Extremismus zu verstehen, wird man mit verschiedenen Konstruktionen konfrontiert. Eine der größten und tief bis in die Sozialwissenschaften verankerte Konstruktion ist eine

Zweidimensionalität des Extremismusbegriffs. Klassischerweise wird diese auf einer Links-Rechts-Skala aufgeführt, aber teilweise auch auf einer Oben-Unten-Skala. Diese Bipolarität ist die Sicht einer Mittelschicht, die Extremismus definiert als etwas außerhalb ihrer Werte befindliches und Extremismus innerhalb der eigenen Schicht nicht erkennt und zulässt. Aufgrund solcher Skalen werden fremdenfeindliche Hetzjagden durch Chemnitz mit klimapolitischen Protesten im Hambacher Forst hinsichtlich einer extremistischen Täter*innenschaft gleichgesetzt (vgl. Leber 2018; Jesse 2018). Dass solche Vergleiche wissenschaftlich unhaltbar sind, ist bereits vielfach belegt (vgl. Arendt 1986; Dahrendorf 1994; Heitmeyer 2000; Rennsmann et al. 2011). Dennoch scheinen die Gesellschaft und insbesondere Politik und Sicherheitsbehörden dieser Begrifflichkeit in vielen Momenten noch zu folgen. Welche Gefahr von dieser Einstellung ausgeht, sieht man an der Extremismusklausel (vgl. Kaul 2018) oder der so genannten Hufeisentheorie (Schneider 2019). Eine wissenschaftliche Debatte sollte sich also weg von einem bipolaren, umstrittenen Extremismusbegriff bewegen. Besser wäre eine paradigmatische Entwicklung zu einer noch weiter auszuweitenden Begriffskonstruktion rund um die Ablehnung einer freiheitlich demokratischen Grundordnung sowie der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit.

Das Problem des marktförmigen Extremismus

Dieser Artikel verweist auf die Notwendigkeit den Begriff des Extremismus neu zu definieren. Es wurde gezeigt, dass gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit einer der Gründe einer extremistischen Ablehnung der freiheitlich demokratischen Grundordnung darstellt. Des Weiteren wurde erörtert, wie marktförmiger Extremismus als Teil der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit entsteht. Während Ungleichwertigkeitskonstruktionen der GMF wie Chauvinismus und Sozialdarwinismus bereits zu Beginn der empirischen Forschung 2002 betrachtet wurden, erfolgt die Berücksichtigung einer am Markt orientierten, gruppenbezogenen Abwertungskonstruktion erst in den Leipziger Mitte-Studien seit 2014 (vgl. Groß/Hövermann 2014).

Was bedeutet die Beobachtung, dass es marktförmigen Extremismus gibt und dass bis zu 50 % der Menschen in Deutschland dem in Teilen zustimmen (vgl. Groß/Hövermann 2014)? Eine erste Reflektion dieser Tatsache sollte die Frage aufwerfen, welche Priorität ökonomische Kriterien in der Gesellschaft haben dürfen und sollten und, ob eine Gesellschaft Erfolge jedweder Art ökonomisch bewerten muss. Ein Beispiel hierfür wäre ein Durchbruch in einer Forschungsrichtung. Inhärent wäre ein solcher Durchbruch nicht ökonomisch

quantifizierbar, würde aber durch Patentierung, Publikationskosten sowie ökonomische Schließungsmechanismen in der akademischen Landschaft zur Wirtschaft operationalisiert (vgl. Schimank 2017). Dies eröffnet die Möglichkeit zur Allgegenwärtigkeit des marktformigen Extremismus.

In einer zweiten Feststellung wurde dargelegt, dass eine Krise der Demokratie, wie die der Postdemokratie, bereits messbare Auswirkungen zeigt. Es sind Langzeitdaten zu erheben, um Muster zu bestätigen. Bereits in der Einleitung wurde die rechtspopulistische bis rechtsextreme Partei AfD in diesem Artikel erwähnt. Die im Jahr 2013 gegründete, ursprünglich euroskeptische, rechtsliberale Partei hat insbesondere in den Anfangsphasen ihres Bestehens durch die Nachwirkungen der Weltfinanzkrise 2009 profitiert (vgl. Fricke 2018). Menschen, die sich durch wirtschaftliche Instabilität bedroht sahen, wanderten von den so genannten Parteien der Mitte zur AfD ab. Die krisenbedrohte Mitte zog zum Populismus, wie es bereits von Lipset prognostiziert wurde (vgl. Lipset 1960). Diese, zunächst überwiegend als Protestwähler*innen (vgl. Götze 2013) Bezeichneten, radikalisierten sich aufgrund einer gefühlten Krisenbedrohung weiter in eine zu Teilen rechtsextreme AfD im Jahr 2020 (vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz 2020). Insbesondere der wirtschaftliche Aspekt der Desintegration,

” Die veraltete Extremismusdefinition der Parteien der „bürgerlichen Mitte“ ist immun gegenüber einer Selbstreflektion der eigenen Radikalisierung.

also die Abwertung anderer aufgrund ökonomischer Indikatoren, spielt dabei eine große Rolle. Dieser Aspekt ist messbar und wurde in diesem Artikel als der marktformige Extremismus vorgestellt.

Weiterhin ist im Zuge der oben erwähnten Thüringer Landtagswahl erkennbar, dass bürgerliche Parteien diese Art von Abwertungskonstruktion nicht kennen oder akzeptieren. Die veraltete Extremismusdefinition der Parteien der „bürgerlichen Mitte“ ist immun gegenüber einer Selbstreflektion der eigenen Radikalisierung. Dadurch können Mitglieder der CDU und der FDP Steigbügelhalter*innen von marktradikalen Faschist*innen werden, um so eine nicht-marktradikale Linke zu bekämpfen (vgl. Baum 2020).

Es lassen sich jedoch Gegenbewegungen gegen Abwertungskonstruktionen von ökonomisch anders Gestellten zeigen. Diese setzen auf verschiedenen Ebenen

an. Einflussversuche zur Abschwächung der Auswirkungen des marktformigen Extremismus sind Konstruktionen von Lebensräumen, wie Wohnungsprojekten und Kommunen, die angepasst an die Lebensverhältnisse der Individuen ökonomische Tauschhandlungen (zum Beispiel fluiden Mieten) vornehmen. Ähnliche Versuche der Symptombekämpfungen kann man auf staatlicher Ebene sehen, zum Beispiel bei Sozialleistungen. Tiefergehende Einflussversuche zur Absenkung von gruppenbezogenen Abwertungskonstruktionen sind Versuche, die Randbedingungen zu verändern. Hierzu können funktionierende, gesellschaftlich politische Partizipationen wie Fridays for Future hergezogen werden. Solche Gegenmaßnahmen zu einer Weiterentwicklung in Richtung Postdemokratien oder Postpolitiken können sich, so meine Hypothese, als effektive Mittel gegen eine Radikalisierung durch marktformigen Extremismus zeigen.

Literatur

Anhut, Reimund/Heitmeyer, Wilhelm (2000): Desintegration, Konflikte und Ethnisierung. Eine Problemanalyse und theoretische Rahmenkonzeption. In: Heitmeyer, Wilhelm/Anhut, Reimund (Hrsg.): Bedrohte Stadtgesellschaft. Gesellschaftliche Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellation. Weinheim: Juventa, S. 17–76.

Anhut, Reimund/Heitmeyer, Wilhelm (2005): Desintegration, Anerkennungsbilanzen und die Rolle sozialer Vergleichsprozesse für unterschiedliche Verarbeitungsmuster. In: Heitmeyer, Wilhelm/Imbusch, Peter (Hrsg.): Integrationspotenziale einer modernen Gesellschaft. Wiesbaden: Springer, S. 75–100.

Arendt, Hannah (1986): Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft. München/Zürich: Piper.

Aschauer, Wolfgang/Donat, Elisabeth/Hofmann, Julia (2016): Solidaritätsbrüche in Europa – Konzeptionelle Überlegungen und empirische Befunde. Wiesbaden: Springer.

Baum, Gerhart (2020): Ein Hauch von Weimar liegt über der Republik. In: Deutschlandfunk, 05.02.2020. Online verfügbar unter https://www.deutschlandfunk.de/frueherer-bundesinnenminister-baum-fdp-ein-hauch-von-weimar.694.de.html?dram:article_id=469641 (16.04.2020).

Bebnowski, David/Förster, Lisa Julika (2014): Wettbewerbspopulismus – Die Alternative für Deutschland und die Rolle der Ökonomen. Frankfurt am Main: Otto Brenner Stiftung.

Von Beyme, Klaus (2013): Von der Postdemokratie zur Neodemokratie. Wiesbaden: Springer.

Bundesamt für Verfassungsschutz (2020): Bundesamt für Verfassungsschutz stuft AfD-Teilorganisation „Der Flügel“ als gesichert rechtsextremistische Bestrebung ein. Pressemitteilung vom 12. März 2020. Online verfügbar unter <https://www.verfassungsschutz.de/de/oeffentlichkeitsarbeit/presse/pm-20200312-bfv-stuft-afd-teilorganisation-der-fluegel-als-gesichert-rechtsextremistische-bestrebung-ein> (16.04.2020).

Crouch, Colin (2013): Postdemokratie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Dahrendorf, Ralf (1994): Der moderne soziale Konflikt. München: Dtv.

Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2006): Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2008): Bewegung in der Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2008. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (2016): ‚Gesegneter Boden ideologischer Verwirrung‘ (Geiger)? Der Extremismus der Mitte. In: Aschauer, Wolfgang/Donat, Elisabeth/ Hofmann, Julia (Hrsg.): Solidaritätsbrüche in Europa – Konzeptionelle Überlegungen und empirische Befunde. Wiesbaden: Springer, S. 211–236.

- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar** (2012): Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf Melzer. Bonn: Dietz.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar** (2014): Die stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Decker, Oliver/Rothe, Katharina/Weissmann, Marliese/Geißler, Norman/Brähler, Elmar** (2008): Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen in Deutschland. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Dowling, Emma/Van Dyk, Silke/Graefe, Stefanie** (2017): Rückkehr des Hauptwiderspruch? – Anmerkung zur aktuellen Debatte um den Erfolg der Neuen Rechten und das Versagen der „Identitätspolitik“. In: PROKLA, Jg. 47/188, S. 411–420, doi.org/10.32387/prokla.v47i188.69.
- Feuer, Lewis S.** (1989): Basic writings on politics and philosophy / Karl Marx, Friedrich Engels. New York: Anchor Books.
- Fischer, Marin S./Hoßfeld, Uwe/Krause, Johannes/Richter, Stefan** (2019): Jenaer Erklärung – Das Konzept der Rasse ist das Ergebnis von Rassismus und nicht dessen Voraussetzung. In: Biologie in unserer Zeit, Jg. 49/6, S. 399–402, doi.org/10.1002/biuz.201970606.
- Fricke, Thomas** (2018): Die Großmutter aller Probleme. In: Der Spiegel, 14.09.2018 online verfügbar unter <https://www.spiegel.de/wirtschaft/lehman-brothers-die-finanzkrise-und-der-aufstieg-der-afd-kolumne-a-1228058.html> (16.04.2020).
- Fuchs-Heinritz, Werner/Klimke, Daniela/Lautmann, Rüdiger/Rammstedt, Otthein/Stäheli, Urs/Weischer, Christoph/Wienold, Hanns** (2011): Lexikon zur Soziologie. Wiesbaden: Springer.
- Fukuyama, Francis** (1992): The End of History and the Last Man. New York: Free Press.
- Götze, Grete** (2013): Professoren und Protestwähler. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.09.2013. Online verfügbar unter <https://www.faz.net/aktuell/politik/bundestagswahl/die-afd-und-ihre-anhaenger-professoren-und-protestwaehler-12589732.html> (16.04.2020).
- Groß, Eva/Gundlach, Julia/Heitmeyer, Wilhelm** (2010): Die Ökonomisierung der Gesellschaft. Ein Nährboden für Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in oberen Status- und Einkommensgruppen. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.). Deutsche Zustände. Folge 9. Berlin: Suhrkamp. S. 138–157.
- Groß, Eva/Hövermann, Andreas** (2016) Marktförmiger Extremismus – Über die Verbindung zwischen ökonomischen Denkweisen und menschenfeindlichen Einstellungen am Beispiel der aktuellen Flüchtlingsdebatten. In: Thieme, Sebastian (Hrsg.): Wirtschaft menschengerecht gedacht? Menschen- und Gesellschaftsbilder in der Ökonomik. Katholische Sozialakademie Österreichs Dossier 2016, Heft 4.
- Habermas, Jürgen** (1973): Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Heitmeyer, Wilhelm** (1997): Was halt die Gesellschaft zusammen? Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Heitmeyer, Wilhelm** (2002-2011): Deutsche Zustände Folge 1-10. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hinte, Holger/Rinne, Ulf/Zimmermann, Klaus** (2015): Flüchtlinge in Deutschland: Herausforderung und Chancen. In: Wirtschaftsdienst, Jg. 95/11.
- Hirschauer, Stefan** (2014): Un/doing Differences. Die Kontingenz sozialer Zugehörigkeiten. In: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 43/3, S. 170–191.
- Hofmann, Julia** (2016): Abstiegsangst und Tritt nach unten? Die Verbreitung von Vorurteilen und die Rolle sozialer Unsicherheit bei der Entstehung dieser am Beispiel Österreichs. In: Aschauer, Wolfgang/Donat, Elisabeth/Hofmann, Julia (Hrsg.): Solidaritätsbrüche in Europa – Konzeptionelle Überlegungen und empirische Befunde. Wiesbaden: Springer, S. 237–258.
- Jesse, Eckhard** (2018): Warum wir linke Gewalt milder bewerten als rechte Gewalt. In: Der Tagesspiegel, 20.09.2018. Online verfügbar unter <https://www.tagesspiegel.de/politik/extremismus-warum-wir-linke-gewalt-milder-bewerten-als-rechte-gewalt/23087552.html> (25.01.2020).
- Jesse, Eckhard/Mannewitz, Tom** (2018): Extremismusforschung – Handbuch für Wissenschaft und Praxis. Baden-Baden: Nomos.

Kaul, Martin (2018): Demokratieprojekte durchleuchtet In: TAZ, 16.05.2018. Online verfügbar unter <https://taz.de/Verfassungsschutz-ueberpruefte-NGOs/!5506316/> (25.01.2020).

Kraushaar, Wolfgang (1994): Extremismus der Mitte – Zur Geschichte einer soziologischen und sozialhistorischen Interpretationsfigur. In: Lohmann, Hans-Martin (Hrsg.): Extremismus der Mitte – Vom rechten Verständnis deutscher Nation. Frankfurt am Main: Fischer, S. 23–50.

Küpper, Beate (2017): Das Denken der Nichtwählerinnen und Nichtwähler – Einstellungsmuster und politische Präferenzen. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Leber, Sebastian (2018): Warum Chemnitz nicht der Hambacher Forst ist. In: Der Tagesspiegel, 23.09.2018. Online verfügbar unter <https://www.tagesspiegel.de/politik/rechtsextreme-gewalt-warum-chemnitz-nicht-der-hambacher-forst-ist/23101702.html> (25.01.2020).

Lembcke, Oliver B./Ritzi, Claudia/Schaal, Gary S. (2016): Zeitgenössische Demokratietheorie – Band 2: Empirische Demokratietheorien. Wiesbaden: Springer.

Lemke, Thomas/Krasmann, Susanne/Bröckling, Ulrich (2000): Gouvernementalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologie. Eine Einleitung. In: Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (Hrsg.). Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Lipset, Seymour Martin (1960): Political Man – The Social Bases of Politics. New York: Doubleday & Company.

Mansel, Jürgen/Endrikat, Kirsten (2007): Die Abwertung der »Überflüssigen« und »Nutzlosen« als Folge der Ökonomisierung der Lebenswelt. In: Soziale Probleme 18, S. 173–196. Wiesbaden: Springer.

Möller, Kurt (2017): Entwicklung und Ausmaß gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. In: Scherr, Albert/El-Mafaalani, Aladin/Yüksel, Gökçen (Hrsg.): Handbuch Diskriminierung. Wiesbaden: Springer, S. 425–448.

Möller, Kurt/Grote, Janne/Nolde, Kai/Schuhmacher, Nils (2016): „Die kann ich nicht ab“ – Ablehnung, Diskriminierung und Gewalt bei Jugendlichen in der (Post-) Migrationsgesellschaft. Wiesbaden: Springer.

Rancière, Jacques (2002): Das Unternehmen: Politik und Philosophie Frankfurt Main: Suhrkamp.

Rennsmann, Lars/Hagemann, Steffen/Funke, Hajo (2011): Autoritarismus und Demokratie: Politische Theorie und Kultur in der globalen Moderne. Schwalbach am Taunus: Wochenschau.

Saposs, David J. (1935): The Role of the Middle Class in Social Development: Fascism, Populism, Communism, Socialism. In: Economic Essays in Honor of Wesley Clair Mitchell. New York: Columbia University Press, Press, S. 393–424.

Scherr, Albert (2017): Soziologische Diskriminierungsforschung. In: Scherr, Albert/El-Mafaalani, Aladin/Yüksel, Gökçen (Hrsg.): Handbuch Diskriminierung. Wiesbaden: Springer, S. 39–58.

Scherr, Albert/El-Mafaalani, Aladin/Yüksel, Gökçen (Hrsg.) (2017): Handbuch Diskriminierung Wiesbaden: Springer.

Schimank, Uwe (2017): Das Regime der Konkurrenz: gesellschaftliche Ökonomisierungsdynamiken heute. Weinheim: Beltz Juventa.

Schneider, Johannes (2019): Das HuFeisen muss runter. In: ZEIT Online, 28.10.2019. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/kultur/2019-10/link-rechte-hufeisen-theorie-thueringen-bjoern-hoecke-bodo-ramelow> (25.01.2020).

Steinbeißer, Dominik/Bader, Felix/Ganser, Christian/Schmitt, Laila (2013): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in München – Forschungsbericht des Instituts für Soziologie der Ludwig-Maximilians-Universität München. München.

Streeck, Wolfgang (2013): Nach der Krise ist in der Krise. Aussichten auf die Innenpolitik des europäischen Binnenmarktstaates. In: Leviathan 41/2, S. 324–342.

Streeck, Wolfgang (2017): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Wolins, Sheldon S. (2001): Tocqueville between Two Worlds: The Making of a Political and Theoretical Life. New Jersey: Princeton University Press.

Zick, Andreas/Hövermann, Andreas/Krause, Daniela (2012): Die Abwertung von Ungleichwertigen. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 10. Berlin: Suhrkamp.

Zick, Andreas/Küpper, Beate/Hövermann, Andreas (2011): Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Zick, Andreas/Klein, Anna (2014): Fragile Mitte – Feindselige Zustände – Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Zick, Andreas (2017): Sozialpsychologische Diskriminierungsforschung. In: Scherr, Albert/El-Mafaalani, Aladin/Yüksel, Gökçen (Hrsg.): Handbuch Diskriminierung Wiesbaden: Springer, S. 59–80.

Zick, Andreas/Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm (2019): Verlorenen Mitte – Feindselige Zustände – Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Žižek, Slavoj (2000): The Ticklish Subject: The Absent Centre of Political Ontology. London: Verso.

Zum Autor

Leonard Mach, 29, hat in Konstanz und Jena Soziologie und Politikwissenschaften studiert. Seine Forschungsschwerpunkte sind Partizipationssoziologie und die Bildung von Gruppenidentitäten in Institutionen.

Der Beitrag wurde von **Tamara Schwertel** und **Veronika Riedl** redaktionell betreut und von **Nils Haacke** und **Tamara Schwertel** lektoriert.